WP8.1. Hass keinen Raum lassen.

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	10.05.2021
Tagesordnungspunkt:	WP8. Wir öffnen unsere Gesellschaft für alle!

Text

Ausgrenzung, Mobbing, Hetze und rassistische Gewalt stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar. Dem stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns entgegen. Respekt vor unseren Mitmenschen muss die Grundlage des Umgangs miteinander sein.

Zunehmend nutzen Menschen die sozialen Medien, um ihre Meinung zu verbreiten und sich Verbündete zu suchen. Uns ist es wichtig, dass Meinungen hinterfragt und an Fakten und Gegenpositionen geprüft werden. Lügen und Verirrungen muss sachlich und entschieden entgegengetreten werden. Das tun wir und dazu wollen wir immer mehr Menschen ermutigen und dabei unterstützen.

Neonazis, Reichsbürger, als „Prepper“ getarnte Anhänger von Verschwörungsmythen und rechten Gewaltphantasien finden in ihrer Gegnerschaft zu einer offenen Gesellschaft zunehmend Gemeinsamkeiten und bilden eine wachsende Gefahr. Auch Angehörige von Polizei und Bundeswehr radikalisieren sich politisch, schmieden aktiv Umsturzpläne, sammeln Namen zu eliminierender Gegner und bewaffnen sich. Gegenwehr ist mit allen rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitteln erforderlich. Für rechten Terror darf es in Mecklenburg-Vorpommern keinen Nährboden mehr geben.

Bildung, Prävention, Schutz gefährdeter Gruppen und Repression gegen politische und rassistische Gewalt müssen zusammenwirken, um Diskriminierung und Hass keine Chance zu geben.

Für eine Gesellschaft ohne Hass und ohne Hetze, werden wir:

- das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz ausbauen und die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung und der Regionalzentren für Demokratie und Toleranz im Sinne der Prävention antidemokratischer Entwicklungen und der Befähigung zur Gegenwehr weiterentwickeln.

- Demokratiebildung und Medienkompetenz in der pädagogischen Ausbildung und in Unterrichtsplänen fest verankern.

- die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer von Bedrohungen und Angriffen weiter ausbauen und einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.

- das Integrationskonzept des Landes und den Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie aktualisieren und mit ausreichend Projektmitteln ausstatten.

- mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle des Landes schaffen, in der auch die Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus und die

Integrationsbeauftragten des Landes mit jeweils festen Mitarbeiterstäben verortet werden.